

durchlegen gegen Hindernisse natürl. Art, deren Beseitigung im Augenblick nicht zu bewerkstelligen ist.

Der Aufruhr im Süden.

Die gestern abend von wiederholenden zusammenfassende Meldung über Vorgänge im Süden wird offiziell folgendermaßen erläutert: Die Nachrichten dieser Meldungen beziehen sich auf die Gegend südlich von den Stationen Ruz und Ruz, die Oberst Reuter nach der Meldung vom 18. d. M. mit der 2. Eskadronspange besetzt hat.

Die Entschädigungskommission.

Die Entschädigungskommission hatte, nach der D. Südwestf. St., bis Mitte September an Schäden festgestellt rund 1000 und eine viertel Millionen Mark. Von den angemeldeten Ansprüchen sind abgelehnt worden rund 68 000 Mark.

Der russisch-japanische Krieg.

Die russischen Reorganisationen.

Das Kommando des russischen 19. Armeekorps, dessen Mobilisierung am Besten vorgeschritten ist, wurde, so wird aus Petersburg gemeldet, wegen Erkrankung des Generals Porosin dem General Krasnow, bisher Kommandeur der 21. Division, übertragen.

Verwundung des Prinzen Napoleon Murat.

Nach einer Meldung aus Madrid ist Prinz Napoleon Murat, Offizier im 2. Kavallerie-Regiment (Dahleban), von der Brigade des Fürsten Orbelani, in der Nacht zum 23. d. M. verwundet worden. Sein Regiment war am äußersten rechten Flügel aufgestellt und erhielt am 22. abends den Befehl, eine der Höhen zu nehmen, die den Eingang zu der Straße nach Alcazar beherrschten.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 25. Oktober.

Vom Frankfurter Wohnungsgesetz.

Der erste deutsche Wohnungsgesetz, der in diesen Tagen in Frankfurt a. M. zusammengetreten, wird in der Presse eingehend besprochen. Die meisten die Besprechungen sind pessimistisch gehalten und nur in wenigen Blättern wird hervorgehoben, daß die Anwesenden, die von den Debatten ausgegangen seien, sich gewiss in Zukunft noch als fruchtbringend erweisen werden.

allmählich flären und im Laufe der Zeit werden sich gewisse Richtungslinien stärker als bisher hervorheben. Für die praktische Behandlung freilich ist im Augenblick wenig gewonnen, da der Kongress nicht einmal zu dem dreiwöchigen Wohnungsausschuss eine definitive Stellung einnimmt.

Die Verdrängung zwischen bayerischem Zentrum und Sozialdemokratie.

Der Abgeordnete Dr. Heim, der sich bekanntlich zum „geistigen“ Führer des bayerischen Zentrums aufgeschossen hat, hat dieser Tage in Nürnberg das Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, das bei den vorigen bayerischen Landtagswahlen so erfolgreich — d. h. für das Zentrum, nicht für die Sozialdemokratie — funktioniert hatte, auch für die bevorstehenden Landtagswahlen proklamiert.

Und da gibt es Leute, welche sich entsetzen darüber, wenn das Volk, welches sich nicht democramen lassen will, sondern eine freie Wahl verlangt als das erste und größte Recht des Volkes, für die nächsten Wahlen das Bündnis auslegt: hinaus mit den Wahlrechtsänderern! Die Partei für die Wahl 1905 heißt „freie Wahl“.

Wenn die Verdrängung zu einem Stillstande mit der Sozialdemokratie und der Liberalen in einer bestimmten Frage sollte bergleitet werden können, so hätten die Sozialdemokraten ein viel größeres Recht, bei Reichstagswahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, als das Zentrum bei den bayerischen Landtagswahlen.

Die Sozialdemokratie und die Liberalen in einer bestimmten Frage sollte bergleitet werden können, so hätten die Sozialdemokraten ein viel größeres Recht, bei Reichstagswahlen mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, als das Zentrum bei den bayerischen Landtagswahlen. Auch bei Landtagswahlen in den Einzelstaaten, beispielsweise in Preußen, dürften sich dann die Freisinnigen mit der Sozialdemokratie verbünden. Gerade in Preußen und gerade auch hinsichtlich der Wahlrechtsfrage zum Landtage stimmen die Freisinnigen viel mehr mit der Sozialdemokratie überein, als mit den anderen Parteien.

Nach Luegers Geburtstags.

Zu Bielefeld, einer Stadt im ostpreussischen Schlesien, haben Gewerkschaften und Sozialisten in der letzten Zeit eine sehr lebendige Bewegung erlebt. Die Arbeiter haben sich in der letzten Zeit eine sehr lebendige Bewegung erlebt. Die Arbeiter haben sich in der letzten Zeit eine sehr lebendige Bewegung erlebt.

dessen Unmöglichkeit er teilt. Ein albanischer Räuber ist er, der im fürstbischöflichen Palast aufwacht, nach der Ansicht auch loyaler Gegner immer gemessen. Er hat unter sich festen Boden, vor sein Herkules, und sein Wille half ihm, seitdem er erreicht hatte, daß ihn gegen die kaiserliche Ungunst eine Bewegung zum Volkstum haben machte. Es wird behauptet, daß er sich persönlich seinen Genuß gönnte; während das Rathaus drumhört, monumental auf einem Grandseigneur barock, hat er schlechte, billige Cigarren geraucht und sich billige geliebt. Er hat dafür die robuste Gesundheit des glücklichen Autokraten. Er hat die Feinde aufgeschreckt, anstatt sie zu umschleichen, und wenn ihm die Arbeitgeber-Diktatur vorgeworfen wird, die er gegen Strohhändler, Bau- und Elektrizitätsarbeiter, Gewerbetreibende und Lehrer ausübt, so hat er doch, wie ein freisinniger Journalist und im Nebenamt seiner Widder, Dr. F. N. David, jedoch einräumte, die Strohhändler aus Jodberühnen befreit. Die Trinkwasserlieferung, die Armenpflege, die Armenverforgung im heutigen Wien sind nur durch seine Majorität geschaffen worden; er hat in der Kommunalgeschichte seinen letzten Witz, den ihm auch sein geistloses, unkluges Wort und die Geburtstagsfeier, die es hervorrief, nicht nehmen wird.

Deutsches Reich.

Leipzig, 25. Oktober.

* Neuf Ungarn. Wie uns aus Amdam telegraphisch wird, dort gehen auch dem Genesnis entgegen worden. Infolge der vom König Friedrich August erlassenen Amnestie hat sie von der Ende August angetretenen dreimonatigen Gefängnisstrafe, die ihr wegen Majestätsbeleidigung anferlegt war, nur etwa zwei Monate zu verbüßen brauchen.

Berlin, 25. Oktober.

* Ueber die parlamentarische Verhandlung der neuen Handelsverträge verläuft offiziell: Die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen Wollschafes eines neuen Handelsvertrages läßt die Frage entstehen, wie voraussichtlich sich die parlamentarische Behandlung der neuen Handelsverträge gestalten wird. Die neuen Tarifverträge mit Italien, Belgien und Rumänien sind bekanntlich zum Abschluß gebracht. Sie konnten demgemäß schon gleich nach der Wiederaufnahme der Sitzungen dem Reichstage unterbreitet werden. Daß für Ende November voraussichtlich noch nicht werden vorgelegt werden, liegt mit daran, daß in Kleingruppen die Ansicht besteht, möglichst viele der neuen Verträge gleichzeitig zur Beratung zu stellen und immer noch den vier genannten Verträgen noch andere zu einem und demselben Termine an den Reichstag zu bringen. Selbstverständlich wird aber dieser Plan nicht für immer aufrecht erhalten werden können. Man nimmt allgemein an, daß die neuen Tarifverträge mit dem Beginn des Jahres 1906 in Kraft treten sollen. Es könnte demgemäß auch eine parlamentarische Beratung noch hinauszugeschieben werden. Da man aber der Möglichkeit eines längeren Fortschreitens will, in der sie sich auf die neuen Verhältnisse einrichten kann, so wäre es danach zunächst als notwendig anzusehen, daß im laufenden Tagungsabschnitte die fertiggestellten Handelsverträge auch zur parlamentarischen Behandlung gelangen werden. Sodann wird man aus dem gleichen Grunde die Vorlegung der Verträge an den Reichstag innerhalb des Tagungsabschnittes auch nicht mehr allzu lange hinauszuschieben dürfen. Es ist demnach wahrscheinlich, daß die Verträge spätestens im ersten Viertel des nächsten Kalenderjahres zur Veröffentlichung gelangen werden. Diejenigen Verträge, die außer den vier genannten bis dahin fertiggestellt sein würden, würden natürlich mit diesen dann gleichzeitig eingebracht werden, andere, die etwas später noch zum Abschluß gelangen würden, müßten dem Reichstage entweder im Sommer, gegebenenfalls in einer besonderen Tagung, oder erst im Herbst für sich vorgelegt werden. Ueber die Aussichten, die die Verträge einer Erneuerung der vier noch ausstehenden alten Tarifverträge dienen, läßt sich gegenwärtig nichts sagen. Die Verhandlungen mit der Schweiz haben sich, wie schon der äußere Verlauf zeigt, schwierig gestaltet. Mit Oesterreich-Ungarn wird man erst demnächst zur Wiederaufnahme der Unterhandlungen-Sunderungen gelangen. Der Verkehr mit den beiden übrigen Tarifvertragsstaaten ist nicht von wesentlicher Bedeutung für Deutschland. Dementselbst würde für alle durch Tarifverträge verbundenen Staaten die beste Lösung der Frage darin bestehen, daß die gesamten zur Erneuerung bestimmten Tarifverträge auf einmal zur parlamentarischen Verhandlung gestellt und damit der Geschäftswelt bekannt würden. Im übrigen darf nicht vergessen werden, daß bei der weiteren Behandlung der zum Abschluß gelangten Verträge Deutschland auch Rücksicht auf die anderen Staaten nehmen muß, die ja auch zum allergrößten Teil in ihren Parlamenten die neuen Verträge zur Verlesung zu stellen haben.

* Aus der Kommissionskommission. Die ersten Sitzungen der Kommissionskommission haben nach der „Nat.-Stg.“ einen im ganzen günstigen Verlauf hinterlassen. Bei dem erweiterten Beirathung trat die Diskussion einen durchaus friedlichen Charakter. Man bemühte sich allerseits sowohl der Forderung der Regierung gerecht zu werden, als auch das Lebenswohlwollen gegen sich selbstige Anlagen zu sichern und sorgte auf der anderen Seite auch dafür, daß die Rechte der Privatbörse nicht weiter eingeschränkt wurden, als es die Zweck des Gesetzes unbedingt erfordert. Die Verträge sind in der Form, die ihr von der Kommission gegeben wurde, auf Zustimmung rechen können. — Die Verhandlung über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin hat zu einem positiven Ergebnis bis jetzt nicht geführt. Man muß die Abstimmung vertragen bis nach Verlesung der Oesterreich-Ungarn. Die Schlichter wünschen zuerst zu wissen, wie sich die Regierung zu ihren Kompensationsansprüchen stellt. Die Debatte darüber, die bei dem Berlin-Stettin-Kanal die Hauptrolle spielt, wird sich in der nächsten Woche beim Oesterreich-Ungarn wiederholen. Es wird sich darum handeln, ob der Antrag des Grafen Strachwitz, der die jetzigen Handelsverhältnisse zugunsten der schifflichen Industrie anstrebt erhalten will, zur Annahme gelangt. Im übrigen kann man nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin ein günstiges Prospekt stellen. — Sehr charakteristisch ist der Beschluß, den die Kommission über den Inhalt der Abstimmungen gefaßt hat. Danach soll nicht jeder einzelne Kanal für sich erledigt werden, sondern es sollen die ersten Verträge über sämtliche Kanäle den Anfang machen und daran sich die weiteren Verträge in derselben Reihenfolge anschließen. Die Abstimmungen nach den ersten Verträgen sollen unverbindlich und nicht maßgebend für die weitere Lösung sein. Offenbar will man sich der Entscheidung über die einzelnen Teile der Verträge halten, bis man die weitere Gestaltung des Ganze voraussichtlich nehmen wird. Die „Dtsch. Tagesztg.“ bemerkt zum Stande der Sache, die Aussichten auf Annahme des Rhein-Hannover-Kanals seien noch schwächer als vor der Verlesung, dagegen scheint es ihr vorläufig nicht ganz sicher, daß die Regierung an der Verlesung der einzelnen Kanäle unbedingt festhalten werde. Das Bündelstück schließt:

Sollte es aber der Fall sein, so würden wohl manche Anhänger des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin das Scheitern dieses Projektes für ein kleineres Uebel halten als das Zustandekommen der ganzen Vorlage einschließlich des Rhein-Hannover-Kanals.

* Aus der Kommissionskommission. Die ersten Sitzungen der Kommissionskommission haben nach der „Nat.-Stg.“ einen im ganzen günstigen Verlauf hinterlassen. Bei dem erweiterten Beirathung trat die Diskussion einen durchaus friedlichen Charakter. Man bemühte sich allerseits sowohl der Forderung der Regierung gerecht zu werden, als auch das Lebenswohlwollen gegen sich selbstige Anlagen zu sichern und sorgte auf der anderen Seite auch dafür, daß die Rechte der Privatbörse nicht weiter eingeschränkt wurden, als es die Zweck des Gesetzes unbedingt erfordert. Die Verträge sind in der Form, die ihr von der Kommission gegeben wurde, auf Zustimmung rechen können. — Die Verhandlung über den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin hat zu einem positiven Ergebnis bis jetzt nicht geführt. Man muß die Abstimmung vertragen bis nach Verlesung der Oesterreich-Ungarn. Die Schlichter wünschen zuerst zu wissen, wie sich die Regierung zu ihren Kompensationsansprüchen stellt. Die Debatte darüber, die bei dem Berlin-Stettin-Kanal die Hauptrolle spielt, wird sich in der nächsten Woche beim Oesterreich-Ungarn wiederholen. Es wird sich darum handeln, ob der Antrag des Grafen Strachwitz, der die jetzigen Handelsverhältnisse zugunsten der schifflichen Industrie anstrebt erhalten will, zur Annahme gelangt. Im übrigen kann man nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen den Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin ein günstiges Prospekt stellen. — Sehr charakteristisch ist der Beschluß, den die Kommission über den Inhalt der Abstimmungen gefaßt hat. Danach soll nicht jeder einzelne Kanal für sich erledigt werden, sondern es sollen die ersten Verträge über sämtliche Kanäle den Anfang machen und daran sich die weiteren Verträge in derselben Reihenfolge anschließen. Die Abstimmungen nach den ersten Verträgen sollen unverbindlich und nicht maßgebend für die weitere Lösung sein. Offenbar will man sich der Entscheidung über die einzelnen Teile der Verträge halten, bis man die weitere Gestaltung des Ganze voraussichtlich nehmen wird. Die „Dtsch. Tagesztg.“ bemerkt zum Stande der Sache, die Aussichten auf Annahme des Rhein-Hannover-Kanals seien noch schwächer als vor der Verlesung, dagegen scheint es ihr vorläufig nicht ganz sicher, daß die Regierung an der Verlesung der einzelnen Kanäle unbedingt festhalten werde. Das Bündelstück schließt:

Sollte es aber der Fall sein, so würden wohl manche Anhänger des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin das Scheitern dieses Projektes für ein kleineres Uebel halten als das Zustandekommen der ganzen Vorlage einschließlich des Rhein-Hannover-Kanals.

Handelkommission der ganzen Vorlage einschließlich des Rhein-Hannover-Kanals.

* Strafrechtsreform. Im Reichstagsamt tagte am Sonntag abend unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Niederding die neuen der Sachverständigenkommission für Reform des Strafrechts bestehende freie Kommission wegen Reform des materiellen Strafrechts. Ihr gehören vorwiegend hervorragende Strafrechtler an, darunter die Professoren Kahl, Hoy und Wach.

* Zur Riere Landesverwaltungen. In der Angelegenheit wegen der Vorverurteilung Barthelemy von der Germania-west nimmt die Untersuchung ihren Fortgang. In der Haft befindlichen Barthelemy hat der Rier Landgerichtsrat Beschlag, der vom Oesterreichsamt zum Untersuchungskommissar ernannt wurde, wiederholt eingehend zur Sache vernommen. Der Angeklagte befreit nach wie vor jede Schuld. Er will wieder mit dem Verkauf der Riere der Unterseite, noch mit dem Verkauf der Unterseite, an Ort und Stelle auf der Germania-west weitere Erhebungen angestellt. Es handelt sich hauptsächlich darum, den Geschäftsgang der einzelnen Bureau des West und die Möglichkeit festzustellen, unter der die Riere entnommen worden sein können. Daher wird die Verurteilung gegen Barthelemy vorläufig noch nicht zum Abschluß kommen.

* Wandertouristen. Der Chef der Reichsanstalt, Herr Oesterreichsamt von Kersch, wird, wie die „Kreuzztg.“ hört, alsbald nach Wiederaufnahme des Landtages sein Mandat zum Abgeordnetenwahlkreis Brandenburg-Westfalen-Land-Preußen niederlegen. * Französischer Jagdpächter in Baden. Den wiederholt lautgewordenen Behauptungen von einer Ueberfüllung Badens durch französische Jagdpächter wird jetzt in der Hand statistischer Daten entgegengehalten, daß im Jahre 1903 in Baden im ganzen nur 24 Jagdpächter an Fremden als Jagdpächter angestellt worden seien, und die Zahl der französischen Jagdpächter 174 betrage. Die 195 an französische Jagdpächter erteilten Jagdpächter stellen nur 3 Prozent sämtlicher im Oesterreichsamt 1903 angestellten 6550 Jagdpächter dar. Ausschließlich französische Jagdpächter hätten nur sechs Jagden. — Immerhin bleibt der Präsident zu beachten, daß in Frankreich deutsche Jagdpächter überhaupt nicht zugelassen werden.

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

* Ueber die Verhältnisse. Ueber die Erörterung eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Württemberg berichtet der Stuttgarter „Vorbacher“: Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete für Heilbronn-Kim, Schiller, kann jetzt den Aussagen der Abgeordnetenliste nicht beistimmen. Er ist krank. Er antwortete auf die Fragen des Senates in Schillers Worten: „Ich bin krank und kann nicht kommen.“

Flotte.

* Schiffbewegungen. S. M. S. „Moltke“ ist am 23. Oktober in Bremerhaven von der Admiralität eingetroffen und geht am 10. November von dort nach St. Thomas (kleine Antillen) in See. S. M. S. „Gotha“ ist am 22. Oktober in Bremerhaven von der Admiralität eingetroffen und geht am 22. Oktober in See. S. M. S. „Gotha“ ist am 22. Oktober in Bremerhaven von der Admiralität eingetroffen und geht am 22. Oktober in See.

Husland.

* Der Tod des Kaisers von Japan. Mit dem Tode des Kaisers von Japan, der am 27. September in der Hauptstadt Tokio starb, ist eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Welt abgegangen. Der Kaiser war ein Mann von großem Charakter und hat die Regierung des Reiches in glanzvoller Weise geleitet. Sein Tod wird in Japan und in der ganzen Welt mit großer Trauer empfunden werden.